



Regionale Abgeordnete

Bundestagsabgeordnete beantworten die Frage, welchen Einfluss Lobbyisten auf ihre Meinungsfindung und ihre Entscheidungen haben.



Josip Juratovic (SPD)

„Auch ich erhalte natürlich Anfragen von Lobbyisten und Lobbyorganisationen. Ich unterhalte mich mit Arbeitnehmervertretern und der Arbeitgeberseite, bin im Gespräch mit Unternehmen im Wahlkreis, mit Umwelt- und Sozialverbänden. Die Interessenvertretung gehört zur Demokratie dazu. Ganz wichtig ist dabei aber: Es muss transparent sein, mit wem wir Abgeordnete uns unterhalten und welche Ziele die Gesprächspartner verfolgen.“

Für uns Abgeordnete ist es wichtig, Informationen aus allen Blickwinkeln zu erhalten, um uns ein möglichst vollständiges Bild zu machen. Wichtigstes Kriterium sind für mich aber die Stimmen der Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis.

Mit der Einführung des Lobbyregisters haben wir einen ersten Schritt gemacht, den wir jetzt konsequent fortführen müssen und mit der Ampelkoalition auch fortführen können. Denn Lobbyisten treten ja nicht nur gegenüber uns Abgeordneten auf, sondern insbesondere auch gegenüber den Ministerien. Hier muss jetzt mehr Transparenz in Form des „exekutiven Fußabdrucks“ geschaffen werden.

Wir als Abgeordnete sind nicht an Aufträge und Weisungen gebunden und nur unserem Gewissen unterworfen. Mein Leitgedanke ist, was das Beste für unsere Gesellschaft ist. Umso schmerzlicher ist es für mich als Repräsentant, wenn einzelne Bundestagsabgeordnete sich von finanziellen Vorteilen für sich selbst leiten lassen.“



Michael Link (FDP)

„Sich die Positionen von Interessensvertretern wie Unternehmen, Vereinen, Verbänden, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen, Kirchen und vieler anderer mehr anzuhören, ist in einer Demokratie Teil der Entscheidungsfindung und sollte normaler Teil der Arbeit eines Abgeordneten sein.“

Ich bilde mir stets eine eigene Meinung zu den Sachverhalten. Bei meinem endgültigen Abstimmungsverhalten lasse ich mich nicht einseitig beeinflussen, sondern bin ausschließlich meinem Gewissen verpflichtet.“

Wer unsere Politiker beeinflusst

LOBBYISMUS Von Schwarz bis Würth – Unternehmen aus der Region vertreten ihre Interessen

Von unserer Redakteurin Heike Kinkopf

Ein Bundestagsabgeordneter trifft sich beim Italiener mit einem Lobbyisten. Bei Rotwein und Pasta besprechen sie politische Debatten und geplante Gesetze. So stellen sich manche den Alltag im politischen Berlin vor. Mit der Realität hat das wenig zu tun.

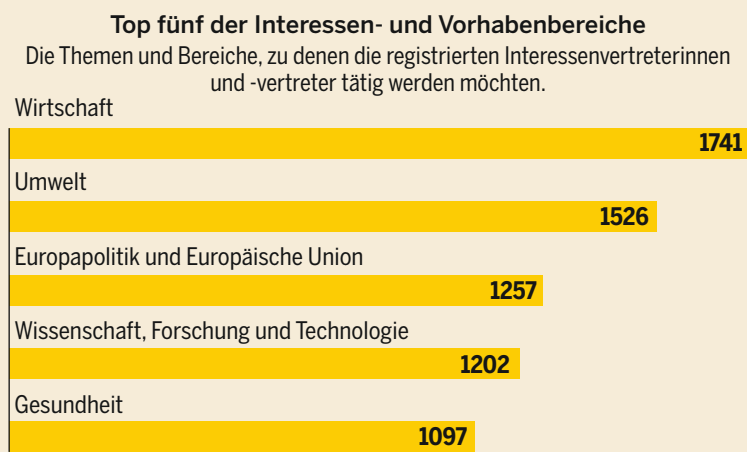
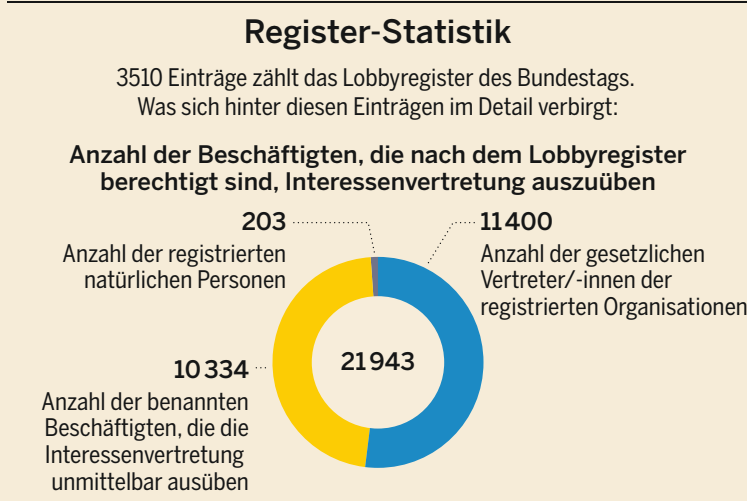
„Es gibt natürlich solche Essen, wie Recherchen von Abgeordnetenwatches zeigen“, sagt Clara Helming von der Organisation Abgeordnetenwatch. Derartige Treffen haben den Charakter privater Begegnungen, außerhalb von Kontrolle.

Zuletzt sichtbar wird ein Filz bei der Masken-Affäre. Das Bundesgesundheitsministerium beschafft in der Pandemie Hunderttausende teure und minderwertige Masken – eingefädelt wird der Deal über CSU-Kontakte. Die Schweizer Lieferfirma zahlt offenbar Provisionen in Millionenhöhe. Skandale wie dieser sind nicht alltäglich. Sie zeigen aber, welche Blüten es treiben kann, wenn Gier regiert.

Abgeordnetenwatch ist ebenfalls als Interessenvertretung im Register eingetragen und recherchiert zu dem Thema. Professionelle Lobbyarbeit findet laut Helming zum großen Teil als offizieller Termin statt. Aber wer genau beeinflusst nun die Gesetzgeber? Wie mächtig sind Lobbyisten?

Transparenz Mit dem neuen Register soll die Arbeit der Lobbyisten transparenter werden. Unstrittig ist, dass die Zahl der Beschäftigten, die im Namen der eingetragenen Interessenvertretungen tätig sind, weitaus größer ist als die der Abgeordneten. Unter www.lobbyregister.bundestag.de finden sich mehr als 3510 aktive Interessenvertretungen. Experten schätzen jedoch, dass die tatsächliche Zahl der Interessenvertretungen höher sein dürfte. Mit dabei sind Firmen und Stiftungen aus der Region. Die Kraichgau-Klinik in Bad Rappenau zum Beispiel. „Aus Gründen der Rechtssicherheit haben wir uns registriert, damit wir künftig bei Bedarf Lobbyarbeit betreiben können“, teilt Silvia Schilling, Pressereferentin der Mediclin-Unternehmenszentrale in Offenburg, mit. Weitere Fragen könne sie derzeit nicht beantworten.

Mit neun Einträgen steht die Schwarz-Gruppe im Lobbyregister: Lidl Stiftung, Kaufland Stiftung, Pre Zero Stiftung, Schwarz Unternehmenskommunikation und weitere. Laut Register gibt die Schwarz-Gruppe insgesamt etwa 3,5 Millionen Euro für Lobbyarbeit aus. Neben Vertretern aus Vorständen sind 23 Personen namentlich aufgeführt, die Lobbyarbeit unmittelbar ausüben.



Zu den Registrierten

€ Jahresbudget	Lobbyisten (registrierte Interessenvertreter)
Audi AG € 2,62 Millionen Euro 151 bis 160, darunter Fred Schulze, Werkleiter Audi Neckarsulm	Wirtschaftsrat der CDU e.V. € 4,77 Millionen Euro 71 bis 80, darunter Bettina Würth, Würth-Gruppe
Lidl Stiftung & Co. KG € 280 000 Euro bis zu zehn	Würth-Gruppe € 600 000 Euro bis zu zehn
Kaufland Stiftung & Co. KG € 350 000 Euro bis zu zehn	Robert Bosch Stiftung € 980 000 Euro 61 bis 70
Schwarz Unternehmenskommunikation GmbH & Co. KG € 1 Million Euro bis zu zehn	Kraichgau-Klinik Bad Rappenau GmbH & Co. KG Angabe verweigert bis zu zehn
Deutscher Caritasverband e.V. € 1,77 Millionen Euro 71 bis 80	Bausparkasse Schwäbisch Hall AG € 290 000 Euro bis zu zehn

HSt-Grafik, Quelle: Lobbyregister Deutscher Bundestag Stand: 16.03.2022, 13 Uhr

„Als europäisches Handelsunternehmen stehen wir in regelmäßigem Austausch mit der Politik“, teilt Pressesprecherin Maria Theresia Heitlinger in einer E-

Mail mit. Die Schwarz-Gruppe verstehe sich als transparenter Partner, der sein Fachwissen politischen Entscheidungsträgern zur Verfügung stelle. So nehme sie am politischen Prozess teil.

„Die Politik erhält auf diesem Weg einen direkten Einblick in die Wirtschaft und kann in ihre Entscheidungen Expertise und Erfahrung aus der Praxis einbeziehen.“

Welche Gesetzgebungsverfahren konkret die Schwarz-Gruppe in der Vergangenheit begleitet hat? Dazu gibt es keine Antwort. Auch andere regionale Interessenvertretungen geben dazu keine Auskunft.

Input Mit deutlich mehr Beschäftigten, aber weniger finanziellem Aufwand als die Schwarz-Gruppe macht sich die Audi AG für ihre Interessen stark. Die Zahl der Mitarbeiter, deren Arbeitsergebnisse direkt und zum Teil mittelbar auch der Interessenvertretung dienen, beträgt 160, teilt Antje Maas, Leiterin der Audi-Unternehmenskommunikation, mit. In der überwiegenden Mehrzahl seien dies Mitarbeiter, die meist zwischen einem und fünf Prozent ihrer Arbeitszeit mit politischen Themen befasst sind. Dazu gehöre der fachliche Input bei Gesetzesvorhaben und deren Umsetzung im Unternehmen. Und das nicht nur in Berlin, sondern auch in Brüssel. 37 von ihnen stehen mit Namen im Lobbyregister. Ein Mitarbeiter sitzt direkt vor Ort in Berlin in einem Büro des Volkswagen-Konzerns. Für Audi seien aktuell diese politischen Themen besonders wichtig: Aufbau der Ladeinfrastruktur für Elektromobilität, Strom aus regenerativen Energiequellen und das automatisierte und autonome Fahren.

Mit dem Würth-Haus Berlin und dem Würth-Büro Brüssel nimmt der Konzern aus Künzelsau Stellung zur politischen Entwicklung, teilt Pressesprecherin Sigrid Schneider mit. Fragen des Außenhandels gewinnen ihr zufolge an Bedeutung. Der Austausch zwischen Wirtschaft und den Regierungen werde zur zentralen Herausforderung.

Das Lobbyregister hinkt internationalen Standards hinterher. „Wir erfahren nichts über die Verflechtungen“, kritisiert Clara Helming von Abgeordnetenwatch. Das Register listet die Interessenvertretungen auf. Das sei ein erster Schritt. In den USA beispielsweise würden darüber hinaus Quartalsberichte veröffentlicht. In denen steht, welcher Lobbyist sich mit welchem Abgeordneten zu welchem Thema getroffen habe. Auch das Register des Europäischen Parlaments sei transparenter als das des Bundestags. Helming kritisiert außerdem, dass es im Ermessensspielraum der Eintragenden liegt, wie hoch sie den finanziellen Aufwand beziffern. Und: Die Verwaltung des Bundestags verwaltet das Lobbyregister. „Es fehlt eine unabhängige Aufsicht.“



Harald Ebner (Grüne)

„Gerade die großen Industriellobbyorganisationen und -verbände, aber auch einzelne Konzerne haben ungeheure Finanz- und Personalressourcen, um Abgeordnete in ihrem Sinne ‚zu bearbeiten‘. Wer im Austausch mit Interessengruppen keinen klaren Kompass hat oder neu in einem Fachgebiet ist, läuft sehr schnell Gefahr, eine einseitige Sicht präsentiert zu bekommen. Die Grenzen zwischen Politik und Lobby müssen unbedingt eingehalten werden. Dazu gehören professionell Distanz und Ausgewogenheit. Wenn, wie beim ehemaligen Verkehrsminister Andreas Scheuer, auf 80 Treffen mit der Autoindustrie lediglich ein Kontakt zu Umweltverbänden kommt, dann läuft definitiv etwas schief.“

Wichtig für ein wirksames Lobbyregister ist aber nicht nur der Eintrag darin, sondern auch die Offenlegung der Kontakte, insbesondere mit Ministerien und im Zusammenhang mit unmittelbarer Gesetzgebung. Gesetzentwürfe aus der Feder von Lobbyisten zerstören zu Recht das Vertrauen in die Politik.“



Alexander Throm (CDU)

„Der Austausch mit Interessensvertretern liefert wertvolle Anregungen und Informationen aus der Praxis und ist ein Baustein unter vielen, der zur politischen Meinungs- und Willensbildung beiträgt. In meinem Fachbereich Innenpolitik handelt es sich bei den Interessenvertretern vorwiegend um Vertreter der evangelischen und katholischen Kirche, die ihre Positionen in den Bereichen Migration und Unterbringung von Geflüchteten vorbringen, oder um Vertreter aus Verbänden von Industrie, Handwerk und Gewerkschaften, die etwa auf Interessen im Bereich der Fachkräfteeinwanderung hinweisen.“

Mir ist es wichtig, dass ein solcher Austausch immer Eindrücke aus verschiedensten Sichtweisen ermöglicht. Nach sorgfältiger Abwägung der Argumente und unter Berücksichtigung weiterer Faktoren bilde ich mir dann so – nach bestem Wissen und Gewissen – meine Meinung. Eine gute Gesamtlösung steht dabei immer über Einzelinteressen.“